

Burkhard Müller

Wissenschaft und/in Demokratie

Über: Mark B. Brown: *Science in Democracy: Expertise, Institutions and Representation*.
Cambridge, Mass. und London: The MIT Press 2009: 354, 25 €

»This book, simply put, is about the relationship between political and scientific representation in democratic theory and practice« (3)¹

Browns Buch entwickelt eine historische und zugleich systematische Analyse des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft in demokratisch verfassten Gesellschaften. Seine Themen sind dabei einerseits die Legitimierbarkeit politischer Repräsentation von Bürgern unter den komplexen Bedingungen moderner Staatswesen, andererseits wissenschaftliche Darstellungen (auch dafür steht im Englischen *representation*) von Wirklichkeit, welche mit der politischen Sphäre und ihrer Steuerung in vielfältiger Wechselwirkung verflochten sind.

Als Politikwissenschaftler hat Brown vor allem über Fragen demokratischer Kontrollierbarkeit der Folgen von Naturwissenschaft und Technik in sensiblen Bereichen wie Umweltschutz oder Bioethik gearbeitet (Brown 2001, 2007, 2009); damit sind zugleich Fragen der Bürgerbeteiligung und ihrer politischen Organisation im Verhältnis zu ihrer Abhängigkeit von wissenschaftlicher Forschung und deren Einfluss auf politische Entscheidungen verbunden (Brown, 2000, 2008, Brown/Lentsch/Weingart, 2006). Das hier zu besprechende Werk greift aber darüber hinaus. Es stellt sich systematisch auf den Standpunkt der so genannten Science-Technology-Studies (STS) oder auch Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), die in der deutschen Rezeption vor allem mit den Namen Bruno Latour (2001, 2007) verbunden ist. Diese Perspektive stellt die herkömmlich behaupteten grundsätzlichen Unterschiede zwischen naturwissenschaftlicher und sozial- bzw. geisteswissenschaftlicher Erkenntnisbildung ebenso infrage, wie die Abkopplung wissenschaftlichen Wissens als angeblich wertfreiem Wissen von politischem bzw. lebenspraktischem Entscheidungswissen. Wissenschaftlich handelt aus dieser Sicht, wer die »Übersetzungsketten« (Latour, 2000: 381) zwischen Arten und Ebenen des Wissens im »Nachzeichnen« von »Assoziationen zwischen heterogenen Bestandteilen« (Latour, 2007: 17) sichtbar machen kann. Forschung wie praktisches Handeln unter Ungewissheitsbedingungen bestehen demnach im verfolgen bzw. knüpfen von Netzwerken zwischen experimentierenden Operanten und ihren menschlichen wie auch nicht-menschlichen Gegenständen. Diese werden dabei nicht nur als passive Objekte, sondern als Ko-Akteure der Erkenntnisbildung betrachtet (Ausführlich dazu Latour 2000)².

Browns Buch liefert keine Mikroanalysen solcher Assoziationsprozesse im Sinne der Akteur-Netzwerk-Theorie bzw. -Forschung, sondern eher eine polit- und wissenschaftsgeschichtliche Analyse zur Figur einer »co-production« of science and society (xi), welche Entwicklungslinien dieses Verhältnisses in klassischen Ansätzen politischer Theorie nachzeichnet. Bruno Latour als Autor bildet für Brown nur den Abschluss einer Ahnenliste, die von Machiavelli (Kap. 1) über die Gründungsväter der modernen Naturwissenschaften, Galilei, Newton & Co (Kap. 2)

1 Zitate aus dem rezensierten Buch werden mit Angabe der Seitenziffer belegt. Wo einzelnen Formulierungen aus dem amerikanischen Text in der Rezension übernommen werden, sind sie kursiv ohne Anführungszeichen gedruckt.

2 Latour vertritt damit allerdings keinen sozial-konstruktivistischen oder relativistischen Standpunkt und sollte damit nicht verwechselt werden.

zu den Auseinandersetzungen über direkte und repräsentative Demokratie in den Gründungsdebatten zur amerikanischen Verfassung führen, wie sie exemplarisch Jefferson und Hamilton vertraten (Kap. 3). Die theoretischen Prämissen dieser Debatten werden dann in Bezug auf die liberal-rationalen Sozialkontrakttheorien Rousseaus und Lockes einerseits (Kap. 4) und Thomas Hobbes' Staatstheorie andererseits betrachtet (Kap. 5), die auch bezüglich des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik kontrastieren. Schließlich werden John Dewey als zentraler Autor einer Theorie demokratischer Repräsentation (Kap. 6) und Latour als Theoretiker der *Symmetries of Science and Politics* (Kap. 7) aufgeführt. Die systematischen Schlusskapitel beschäftigen sich mit Fragen des »politischen« Charakters von Wissenschaft (Kap. 8.), entwerfen eine Topologie von Elementen demokratischer Repräsentation (Kap. 9) und diskutieren schließlich anhand aktueller politisch-wissenschaftsethischer Kontroversen die Frage, wie demokratische Teilhabe daran institutionalisiert werden kann (Kap. 10).

Die Positionen dieser Autoren werden von Brown nicht abstrakt als Theoriegeschichte vorgestellt, sondern immer wieder als unterschiedliche Antworten auf aktuelle wissenschaftspolitische Kontroversen thematisiert und so mit der »lokalen Ebene« (Latour) konkreter politisch-ethischer Probleme verknüpft. Dies gibt dem Buch einen sehr lebendigen, argumentativen Charakter. Es verschränkt so die ideengeschichtliche Rekonstruktion mit dem systematischen Anliegen, eine Theorie des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik und zur demokratischen Steuerbarkeit von Technikfolgen voranzutreiben, die nur dann unausweichliches »stählernes Gehäuse« (Max Weber) bleiben, wenn sie nicht durchschaut werden.

Browns Werk verspricht aber nicht nur Einsichten zum Verhältnis von Naturwissenschaft, Technologie und Politik. Es ist auch für das politische Selbstverständnis der Sozialwissenschaften interessant, sofern Brown von Anfang an das Verhältnis des sozialwissenschaftlichen Experten zur Politik mit im Auge hat, das im Spannungsbogen von Machiavelli bis zu John Dewey und Latour verfolgt wird.

Nicht zuletzt ist das Buch für die Sozialpädagogik und ihre theoretischen Selbstbeschreibungen sehr anregend. Für sie stellen sich bekanntlich bezüglich ihrer disziplinären Selbstbeschreibung im Verhältnis zur Dimension des Politischen schlechterdings zentrale Fragen. Als Disziplin, die sich selbst als *réflexion engagée* im Horizont von Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Partizipation verortet, ist sie zu einer »Entgrenzung« (Böhnisch u.a., 2005) ihrer Fragestellungen gezwungen. Dies aber droht zugleich ihre fachlichen Grenzen zu sprengen. Denn Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und nach den Chancen der Partizipation, wie nach Freiheitsgraden für individuelle Lebensentwürfe, verlangen eine Wissenschaft, die nicht nur die pädagogischen sondern zugleich die ökonomischen, rechtlichen, gesundheitlichen, kulturellen, sozialplanerischen, d.h. die im weiten wie engen Sinn »politischen« Bedingungen dafür zu analysieren vermag. Da ich dies Buch aber gerade auch im Blick auf die angerissenen Probleme einer Bearbeitung »des Sozialen« interessant fand, werde ich nach der folgenden Rekonstruktion des Argumentationsgangs versuchen, Anschlussstellen zu diesen Problemen zu zeigen. Im Übrigen muss ich mich damit begnügen, die Brownsche Entwicklungsgeschichte seines Modells von *Science in Democracy* nachzuzeichnen, ohne selbst in die politikwissenschaftliche, wissenschaftstheoretischen und philosophische Debatte über seine zentralen Bezugsautoren einzusteigen oder seine Referenzliteratur gegenzulesen. Nur bei Dewey schien es mir angezeigt, auf den zentralen Referenztext (»The public and its Problems« (Dewey, 1927/1954) genauer einzugehen, vor allem weil er (mehr noch als Latour) die entscheidende Grundlage für Browns Theorie der demokratischen Repräsentation liefert.

Machiavelli als Erfinder des politischen Experten

Machiavelli, schreibt Brown mit Bezugnahme auf Latour, *stands for the clever pursuit of epistemic power in an ever-changing world, where social values and scientific facts must be continually reestablished* (23). Brown betont aber zugleich die von Latour vernachlässigte Bedeutung Machiavellis als Analytiker des Staates qua Institution. Machiavelli, so Browns These, *set(s) the stage for both modern science and modern republicanism* (24). In »Der Fürst« (*The Prince*) benutzt er das in der Renaissance verbreitete Format des Fürstenspiegels um daraus etwas völlig Neues zu machen. An Stelle einer Rhetorik des Lobpreises von Tugenden eines bestimmten (oder des idealen) Herrschers, die für dies Format charakteristisch war, habe Machiavelli als erster eine *rhetoric of modern science* (26) und zugleich eine Rhetorik der Politikberatung entwickelt. Brown stützt diese These vor allem auf Machiavellis Selbstbeschreibung als Autor in »Der Fürst«: *Machiavelli here suggests that advice based on normative ideals will weaken the prince. Only realistic and descriptive advice will strengthen him. Good advice is about what is, not what ought to be* (26). Machiavelli kreierte damit eine neue rhetorische Konvention wissenschaftlichen Schreibens. Darin inszenierte sich der Autor als gleichsam außerhalb seines Textes stehender neutraler Betrachter, womit er seinen Text zugleich außerhalb gesellschaftlicher Konventionen stellte: *Machiavelli is not representing the world; he is creating representations of the world. He is not speaking; the facts are speaking through him* (27). Machiavelli spreche dabei zu den Mächtigen, indem er eine *epistemological location*, einen Beobachterstandpunkt einnehme, der außerhalb sozialer Hierarchien liege: *Machiavelli suggests that the perspective of observer is open to nearly everyone. Machiavelli thus presents his book as a distinctly public form of knowledge, a legitimation strategy that later becomes central to modern science* (27). Brown versteht ihn also als ersten Autor, der eine wissenschaftliche Darstellung seiner Beobachtungen mit einem Konzept als unabhängiger Politikberater verbindet. Er interpretiert ihn einerseits ganz nahe bei Latours Konzept (Latour 2000 bes. Kap. 2 und 4), das wissenschaftliche Erkenntnis als »zirkulierende Referenz« in einem kontinuierlichen Prozess der Erkenntnisgewinnung und deren öffentlicher Anerkennung beschreibt; andererseits dient die rhetorische Präsentation gerade dazu, die Abhängigkeit des Experten von seiner Anerkennung durch die jeweils herrschende Konvention zu verschleiern: *Expert authority, for Machiavelli, rests on first creating a rhetorical gap between expert knowledge and social convention, such that the expert acquires unmediated access to how things really are beneath the conventions. The expert then humbly offers »a little book« that helps its reader reach back across the gap and act powerful within the world of convention* (42).

Ich verzichte darauf, Browns Darstellung von Machiavellis Theorie einer republikanischen (nicht schon demokratischen!) Steuerung politischer Verhältnisse nachzuzeichnen, die durchaus auch partizipatorische Elemente enthält (37 ff.). Er versteht sie zugleich als Vorform der modernen, liberal-rationalen Regierungsformen, in welchen eine meist passive (gelegentlich aber aufbegehrende) Bürgerschaft einem repräsentierenden System gegenübersteht, ohne in dieses wirklich eingreifen zu können. Die Kritik an diesem Modell wird in den folgenden Kapiteln und insbesondere im Anschluss an John Dewey herausgearbeitet. Zunächst aber will ich Browns These verfolgen, dass das skizzierte Expertenmodell zum herrschenden Modell des folgenden Siegeszuges der Naturwissenschaften geworden sei, während die gleichzeitig sich entfaltenden Ideen einer liberalen und demokratischen Gesellschaft ihr zentrales Dilemma nicht auflösen konnten: Das Dilemma zwischen der (Ohn)Macht des demokratischen Wahlbürgers, der das, was er gewählt hat kaum steuern kann, und der Macht seiner Repräsentanten, die ihre eigene Expertenschaft entwickeln müssen um »zum Wohle« des Bürgers wirksam zu sein, diese Expertenschaft aber aus dem Bürgerwillen nicht ableiten können.

Die modernen Naturwissenschaften, ihre Durchsetzungsstrategien und das liberal-demokratische Modell politischer Repräsentation

Brown entfaltet in den folgenden drei Kapiteln, *how the Scientific Revolution transformed the relationships among knowledge, power and common sense to produce a theory and practice of scientific representation amenable to the emerging liberal-democratic mode of political representation* (45). Galilei als erste Schlüsselfigur jener *Revolution* hatte nach Brown nicht nur ein Machtproblem mit kirchlichen Autoritäten zu lösen, sondern auch das epistemologische Problem (vgl. 49), welche Instrumente und Verfahrensweisen für »wissenschaftliche« Erkenntnisse (der Begriff existierte noch nicht³ gelten sollten, wenn sie der Evidenz des Alltagsverständes widersprachen. Galilei habe sich auf den damals gängigen Topos von den »zwei Büchern Gottes« berufen – die Heilige Schrift und das Buch der Natur – mit der These, dass zwar die Heilige Schrift interpretationsbedürftig und dafür die Kirche mit ihren Interpretationsinstrumenten zuständig bleibe, das »Buch der Natur« aber völlig transparent sei und deshalb nicht zu interpretieren sondern nur zu lesen, vielmehr zu entziffern sei, wie eine mathematische Formel (vgl. 51). Die Lektüre verlangte aber gerade deshalb kundige Leser und geeignete Methoden der Entzifferung. Wie Brown in Anlehnung an die Studien von Steven Shapin (1996) und anderen Sozialhistorikern der modernen Wissenschaften zeigt, wurde dies Modell dann vor allem im Umfeld der britischen Royal Society (Boyle, Newton u. a.) zu einer Strategie der experimentellen Beweisführung ausgebaut. Der Technologie naturwissenschaftlicher Methoden wurde eine »social technology«(57)⁴ zur Seite gestellt, im Sinne der Organisation einer Zeugenschaft für die Glaubwürdigkeit und damit die allgemeine Gültigkeit der Erkenntnisse des Wissenschaftlers. Dieser musste den Eindruck erzeugen, analog zum politischen Experten i.S. Machiavellis, *that not he was speaking but nature through him* (61). Um dafür öffentliche Anerkennung zu bekommen brauchte es wiederum kompetente und glaubwürdige Zeugen, die nach Überzeugung dieser Experimentalisten *gentlemen* sein, also zum gebildeten Bürgertum gehören mussten: *Because lying could lead to expulsion from the circle of gentlemen, only a gentleman-scientist could be trusted to tell the truth. Only gentlemen could control the private passions and interests that would inevitably cloud the judgements of lesser men. The testimony of gentlemen thus replaced tradition, religion and speculative philosophy as an acceptable ground of belief.* (58)

Die Durchsetzung naturwissenschaftlicher Denkweisen entwickelte sich aus dieser Sicht nicht zufällig parallel zum Aufklärungsdiskurs der Öffentlichkeit des rasonnierenden Bürgertums, das ebenfalls seine Diskurse mit dem Durchsetzungsprozess objektiver Vernunft gleichsetzte (Habermas, 1962). Als Unterschied stellt Brown nur fest, dass sich das naturwissenschaftliche Raisonement durchaus mit politisch restaurativen Ansichten vertrug (vgl. 55) und sogar desto unangefochtener blieb, je mehr es dazu neigte. Das politische Problem, das Brown herausarbeiten möchte, ist aber nicht dies, sondern das dahinter liegende Problem: Wie in der Wissenschaft so in der Politik geraten die Kompetenz und Macht von Repräsentanten zur Herstellung und Durchsetzung ihrer Resultate in Spannung mit dem Anspruch, dass diese Resultate im wohlverstandenen Eigeninteresse aller Bürger liegen. Seine These ist dabei, dass das liberal-rationale Modell, wonach die gesellschaftlichen Verhältnisse aus der Konsensbildung ihrer Bürger hervorgehen (sollten), diese Spannung nicht auflösen kann. Die Sozialvertragstheorien von Locke und Rousseau lösen das Problem, wie die einmal Gewählten in ihrer Kompetenz und Verantwortung gegenüber den Regierten kontrolliert werden können, ebenso wenig, wie die praktischen Mo-

³ Konzepte in heutiger Bedeutung sind *science* bzw. *scientist* nach Brown (vgl. 44) erst seit dem 19. Jahrhundert.

⁴ Den Begriff hat Brown aus Shapin, S., Schaffer: 1985: *Leviathan and the Air-Pump: Hobbes, Boyle and the Experimental Life*. Princeton: University Press übernommen.

delle einer direkten Demokratie. Brown diskutiert das am Beispiel der immer noch virulenten amerikanischen Verfassungsdebatte über direkte versus repräsentative Demokratie zwischen Jefferson und Madison/Hamilton. Die eine Position kann das Problem nicht lösen, *that the overwhelming scale and complexity of industrial society render the classical idea of active democratic citizenship obsolete* (137) – so die berechtigte Kritik der *democratic realists* (137). Aber diese »Realisten« haben ihrerseits keine überzeugende Antwort auf die Frage, wie die technischen und politischen Eliten einer solchen Gesellschaft demokratisch kontrolliert werden können. Sie betonen zu Recht die Notwendigkeit besonderer Kompetenzen der Repräsentanten, die aber mittels formaler Autorisierung durch die Repräsentierten (im Sinne von Rousseaus *volonté générale*) nicht wirklich kontrolliert werden können. Im Rahmen liberalistischer Theorien kann, so Brown, das Dilemma nur still gestellt werden und zwar durch eine klare Trennung zwischen staatlichen Institutionen und ziviler Gesellschaft (vgl. 90). *The state has the task of discerning the public good through deliberation among an elected elite, and citizens are to express their consent through voting in occasional elections* (90). Dabei wird die potentiell subversive Idee des demokratischen Konsenses mit einer *elitist theory of hypothetical consent* verbunden und so entschärft (vgl. 91). Das ist nicht neu. Der Punkt aber ist für Brown, dass genau darin die Parallele und das Herrschaftsbündnis zwischen liberaldemokratischer Politik und Wissenschaft bestehe und, dass an diesem Bündnis die Unüberwindbarkeit des Dilemmas hänge. *Both modern science and modern liberalism connect elite reason with popular consent, while ensuring that the former retains power over the latter* (91).

Diese Art der Verknüpfung kann, wie Brown immer wieder an aktuellen Konfliktfällen zeigt, sowohl als politischer Einfluss auf wissenschaftliche Entscheidungen (*politicized science*), als auch in der Form von *science politics*, als rhetorischen Distanzierung von solchem Einfluss und damit als dessen Verschleierung geschehen. Gleich zu Beginn seiner Einleitung wählt er ein Beispiel, das beides zeigt (vgl. 1 ff.). Es ist das Genehmigungsverfahren der so genannten »Pille danach« (*Plan B*), die zuerst von der zuständigen wissenschaftlichen Kommission zugelassen und danach 2005 von der durch die Bush Regierung eingesetzten Leitung der Behörde (FDA) auf Druck der religiösen Rechten verboten wurde. Diese Revision der Zulassung jener Pille wurde wiederum »rein wissenschaftlich« damit begründet, dass die Datenbasis für gesundheitliche Unbedenklichkeit insbesondere für die unter sechzehnjährigen Frauen nicht ausgereicht habe. Das Beispiel zeigt zugleich, dass es bei der Verknüpfung von Wissenschaft und Politik keineswegs nur um naturwissenschaftliche Befunde geht, sondern meist auch sozialwissenschaftliche und insbesondere statistische Daten mit im Spiel sind. Bei den meisten Einflüssen von Lobbyisten oder bei Argumentationen, welche die »Alternativlosigkeit« jeweiliger politischer Entscheidungen betonen, kann man von solchen Verknüpfungen ausgehen.

Thomas Hobbes' Theorie der Repräsentation in ungewohnter Lesart

Die Darstellung seiner Lösung des Problems »der demokratischen Repräsentation in Wissenschaft und Politik« (Überschrift zum 2. Teil des Buches) fängt Brown überraschender Weise mit Thomas Hobbes an. Nicht weil er Hobbes zum Theoretiker der Demokratie umdeutet – der er gewiss nicht war –, sondern weil er bei Hobbes nutzbare Elemente (*tools*, 118) für eine Theorie der Repräsentation findet, die es erlaubt, das Verhältnis von Volk (*people*) und Staat anders als vertragstheoretisch zu denken und dabei zugleich die Frage, nicht nur *wer*, sondern *wen* Wissenschaft repräsentiert, neu zu stellen. Brown wendet sich gegen die reduktionistische Auslegung, Hobbes sei nichts anderes als Vertreter einer autoritären (oder rechts-positivistischen) Staatsauffassung, wie z.B. auch Latour meinte (vgl. 108 f.). Zu beachten sei vielmehr, hinter dieser gängigen Lesart, Hobbes' »philosophischer Materialismus«, der seinen Blick auf Politik präge, *that is, his attention*

to the material dimensions of politics (113). Dieser lege ihm, ebenso wie sein »Nominalismus«, den fiktionalen Charakter politischer wie wissenschaftlicher Repräsentation nahe (vgl. 110 ff.). Gerade deshalb teile Hobbes nicht die liberale und idealistische Fiktion, dass ein Vertragsschluss vor der Gesellschaft diese allererst konstituiert habe. »For Hobbes, as for Machiavelli there is no plausible prepolitical basis for political order, and so order must be created through politics« (120). Nur deshalb gelte: *For Hobbes there is no such thing as the body of the people prior to the sovereign (119)*. Obwohl die Bevölkerung (*multitude*) und die staatlichen Institutionen natürlich real existieren, kann der Souverän durch das, was er repräsentiert, die Einheit des Volkes und damit den Staat, nur als Fiktion autorisiert werden. Gleichwohl hat reale Effekte (vgl. 121), wie und durch wen diese Einheit repräsentiert wird. *The multitude fictitiously ascribes responsibility to the state which is nothing but the people in their fictitious capacity to act as a single unit. Put differently, the people create the conditions necessary for the actions of the sovereign to be attributed to them in their collective identity as a state (127)*. Der Souverän konstituiert demnach nicht die Bürger in ihrer Gesamtheit und in ihrem performativen Zusammenwirken (*reduced to their common elements*) (ebd.) konstituieren ihrerseits den, der sie repräsentiert und haben in diesem faktischen Sinn die Verantwortung (*ownership*) dafür. Das berühmte Titelbild des Leviathan, welches das Staatsungeheuer aus vielen »gesichtslosen« (vgl. ebd.) Bürgern zusammensetzt, bringt die Idee zu Ausdruck, *that the sovereign is simultaneously composed of and lord over the people (127)*. *The sovereign not only represents the power of citizens but is also a representation of power itself* (ebd.). Andererseits aber gehört der Staat (bzw. *power*) zu der Klasse von Objekten (wie auch »die Natur« oder »die Götter«), die ihre Repräsentanten nicht real autorisieren können: Dies kann nach Hobbes nur durch *representation by fiction* geschehen (vgl. 124 ff.), nämlich Fiktion der Bürger in ihrer Gesamtheit, die ihrerseits nur in ihrem Repräsentanten existiert. Man kann die Konsequenz daraus, dass die Repräsentierten die Macht ihres Repräsentanten nicht kontrollieren können, aber gleichwohl dafür verantwortlich sind, als »Hobbes'schen Zynismus« (Latour, 2000: 323) bezeichnen. Brown interessiert sich für einen anderen Aspekt.

Zwei Gründe gibt es für Brown, sich für seine Theorie der demokratischen Repräsentation ausgerechnet auf Hobbes zu beziehen. Der eine Grund ist, dass dessen Konzept der *representation by fiction* sich auch auf das Verhältnis der Wissenschaft zu Natur und zu Gesellschaft beziehen lässt. Wissenschaftler, die Repräsentationen von Natur erzeugen, können dies ebenfalls nur *by fiction* (vgl. 130 ff.) tun. Natur als solche habe nach Hobbes keine Interessen, die repräsentiert werden müssten und sie spreche auch nicht selbst durch die Wissenschaftler, wie die Experimentalisten meinten. Die Fiktionen der Repräsentation von Natur seien vielmehr im Namen der Bürger gemacht, die freilich nur in ihrer Repräsentation durch den Staat als Gesamtheit handlungsfähig seien. Wenn aber die Bürger für jeden Akt des Staates als ihres Repräsentanten Verantwortung tragen, dann gilt das auch *for the sovereign's authorization of scientific representations of nature and deren Folgen*. Brown folgert: *Hobbes was ›right‹ that ›it is ourselves and not reality‹ that is politically accountable for the production of knowledge. Hobbesian citizens are accountable for the scientific research that governments sponsor in their name (133)*. Wie im Verhältnis zum Staat, so in dem zur Wissenschaft gibt Browns Interpretation dem »Hobbes'schen Zynismus« gleichsam eine progressive Wendung: Gerade weil die Bürger weder vom Staat noch von der Wissenschaft erwarten können, dass diese von selbst die Legitimation derer suchen, die sie repräsentieren, müssen die Bürger sich selbst darum kümmern, dass die Legitimation nicht nur fiktiv bleibt.⁵

⁵ Den Ton der Internationale, »es rettet Euch kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.....« hat Hobbes sicher nicht angeschlagen. Nach Browns Interpretation lag ihm die als Reim folgende Aufforderung zum »selber tun« dennoch nicht ganz fern.

Der zweite Grund ist, dass Brown bei Hobbes genau in diesem zentralen Punkt Übereinstimmung mit dem Autor findet, der für ihn am überzeugendsten ein Konzept demokratischer Repräsentation entwickelt hat, nämlich John Dewey, vor allem in seiner Schrift *The Public and its Problems* (1927/1954). Auch für Dewey ist die zu repräsentierende *multitude*, die er *public*, Öffentlichkeit nennt, in ihrer Einheit und Artikulationsfähigkeit nur in dem Maße existent, wie sie sich in ihren Repräsentanten und Repräsentationsformen artikuliert. Anders als Hobbes aber leitet er daraus Rechte und Pflichten der demokratischen Repräsentation ab, für deren Verwirklichung er dem wissenschaftlichen Ideal eines *collective problem solving* entscheidende Bedeutung zuschrieb (vgl. 136).

John Dewey und Bruno Latour: Konstitutionsbedingungen demokratischer Öffentlichkeit und die politische Bedeutung von Wissenschaft

Anlass für die genannte Schrift Deweys (1927/1954) waren die in den 1920er Jahren viel diskutierten Thesen Walter Lippmanns, der von einer demokratischen Öffentlichkeit als Phantom sprach und Politik als Managementaufgabe beschrieb, die hinter den Kulissen weit weg vom Bürger stattfindet, ohne diesem eine Chance zu geben, sie zu lenken. Dewey gibt nach Brown der Beschreibung Lippmanns auf der empirischen Ebene wie auch in seiner Analyse des Konflikts zwischen technischer Komplexität und politischer Steuerung im Kern Recht. Dewey greife aber das der Analyse zugrunde liegende Modell des Kontrakt- bzw. Konsensmodell zwischen Bürgern und Staat an, dessen Versagen Lippmann beschreibe, ohne es selbst infrage zu stellen (vgl. 137 ff.).

Tatsächlich geht Dewey nicht von einer dem Politischen zugrunde liegenden Spannung zwischen Einzelnen und politischer Gemeinschaft aus, wie es das liberalistische Modell unterstellt, sondern vom Handeln der Einzelnen bei der Gestaltung ihres Lebens und Überlebens im Verhältnis zu dessen Konsequenzen für Andere. Genau das ist für Dewey die Keimzelle (*germ*) (141) von *public* im politischen Sinn. »*The public consists of all those who are affected by the indirect consequences of transactions to such an extent that it is deemed necessary to have the consequences systematically cared for*« (Dewey, 1927: 15 f. zit. bei Brown 141)⁶. Eine politische Sphäre konstituiert sich demnach immer dann, wenn solche Konsequenzen über den Bereich unmittelbarer Interaktion hinausgehen und es dadurch für die davon Betroffenen schwierig wird, die eigenen Lebensbedingungen zu kontrollieren. Für die Zuordnung zur politischen Sphäre ist nach Dewey demnach nicht entscheidend, ob jene *transactions* von »privaten« oder »öffentlichen« Akteuren ausgehen, sondern ob ihre Auswirkungen die »Öffentlichkeit« betreffen, also über das Private hinausgehen. Die »Öffentlichkeit« der Betroffenen existiert damit freilich erst potenziell, ist noch nicht organisiert, sie ist *in itself unorganized and formless* (Dewey, 1927: 67) und sich ihrer nicht bewusst. Brown merkt zurecht an (vgl. 141), Dewey hätte hier besser von Protoöffentlichkeit geredet, zumal er gerade nicht darauf hinaus will, eine sich selbst organisierende Zivilgesellschaft zu beschreiben, sondern den Staat zunächst schlicht als die Funktion versteht, jene Öffentlichkeit als vielfältige Akteurin jenes *systematically caring for* zu organisieren, wie immer angemessen oder verzerrt durch Einzelinteressen und Machtverhältnisse das geschieht⁷. In jedem Fall geschieht

⁶ *Public* heißt bei Dewey immer zugleich Öffentlichkeit und Publikum; d.h. *public* meint immer zugleich den Raum öffentlicher Kommunikation und die in diesem Raum mächtig oder auch ohnmächtig agierenden Akteure.

⁷ Der Schlüssel für das Wesen und die Aufgabe des Staates (*nature and office* vgl. Dewey, 1927: 15) ist nach Dewey darin zu finden, *that the line between private and public is to be drawn on the basis of the extent and scope of the consequences of acts which are so important as to need control whether by inhibition or promotion*« (Dewey, 1927:

es – wie bei Hobbes – notwendigerweise durch Repräsentanten jenes *caring for*, die als solche den Staat konstituieren (vgl. 141).

Brown interpretiert Dewey als demokratisierte Version des Hobbes'schen Nominalismus oder Fiktionalismus insoweit auch bei ihm *neither the state nor the public has an abstract existence that extends beyond the concrete persons who constitute it by acting on its behalf* (141) – was aber eben auch umgekehrt gilt, dass nämlich die unmittelbare Handlungsmöglichkeiten überschreitenden Interessen nur abstrakte Existenz haben ohne Repräsentanten, die sie konstituieren. Den Unterschied zu Hobbes mache der normative Standard, der darauf verpflichtet, durch Organisation von öffentlicher Willensbildung den Vorrang der öffentlichen gegenüber den privaten Interessen der Repräsentanten zu sichern (vgl. 142).

Dewey macht es sich aber nicht so einfach, nur zu postulieren, dass Repräsentation ohne öffentliche Kontrolle ihre Legitimation verliert. Er unterstellt zwar, dass alle politischen Repräsentationssysteme *behaupten* müssen, die Interessen der Regierten zu vertreten (vgl. Dewey, 1927: 76). Aber die Repräsentanten sind immer zugleich Personen mit eigenen Interessen, die sie zugleich mit ihrer Familie, Clique oder Klasse (vgl. ebd.) teilen. Da sie die ihnen übertragene Macht für diese Interessen nutzen, was wiederum Folgen hat, die sich in historischen Entwicklungen potenzieren, ist nach Dewey zunächst weder anzunehmen, dass die historisch früheren menschlichen Assoziationsformen mehr (oder überhaupt) demokratischen und die Recht Einzelner schützenden Charakter hatten, noch anzunehmen, dass aus der Freisetzung des modernen Individuums schon demokratische Vertretungsformen folgen. Nach Dewey sind vielmehr die modernen Lebensbedingungen, zusammengefasst in dem was er *The Great Society* (Dewey, 1927: 126 ff.) nennt⁸, ebenso Ursache für das verstärkte Verlangen nach demokratischer Vertretung der individuellen Lebensbedingungen, welche sich der direkten Gestaltung durch die Einzelnen entziehen, wie auch für die Zerstörung (*eclipse*) der Öffentlichkeiten, in denen eine reale Vertretung der entsprechenden Interessen möglich wäre:

*Indirect, extensive enduring and serious consequences of conjoint and interactive behavior call a public into existence having a common interest in controlling these consequences. But the machine age has so enormously expanded, multiplied, intensified and complicated the scope of indirect consequences, have formed such immense and consolidated unions in action, on an impersonal rather than a community basis, that the resultant public cannot identify and distinguish itself. (Dewey S. 126 zit. bei Brown 142)*⁹

Die Macht der »indirekten Konsequenzen« entzieht sich dem Einfluss der davon betroffenen Akteure, so wie bei Marx das Kapital *immense and consolidated unions in action* erzeugt, die sich selbst nicht mehr steuern können. Anders als bei Marx bleiben es aber bei Dewey die konkreten Akteure, deren Handeln für die davon Betroffenen Folgen hat, die diese nicht steuern können. Nicht der Privatbesitz der Produktionsmittel, sondern die Kontrolle der Repräsentanten, die über ihren Gebrauch entscheiden, und vor allem die Freiheit zu diesem Gebrauch ist

15). Schulen, Straßen, Vermögen und andere physische Ressourcen sind, unabhängig von Besitzverhältnissen in dem Maße öffentliche Angelegenheiten, als Repräsentanten nötig sind, welche die Interessen derer wahren und schützen, die nicht an den darauf bezogenen Transaktionen beteiligt sind.

8 In seinem 1954 (Dewey, 1927/1954: 121 ff.) geschriebenen Nachwort beschreibt Dewey diese Gesellschaft als eine der globalen Interdependenz, die nationale Grenzen sprengt.

9 Dewey präzisiert die Gründe für diese Ohnmacht: *A inchoate public is capable of organization only when indirect consequences are perceived, and when it is possible to project agencies which order their occurrence. At present, many consequences are felt rather than perceived; they are suffered, but they cannot be said to be known, for they are not, by those who experience them, referred to their origins. It goes then without saying, that agencies are not established which canalize the streams of social action and thereby regulate them. Hence the publics are amorphous and unarticulated (Dewey, 1927: 131).*

für ihn deshalb das zentrale Problem¹⁰. Das ist für Dewey zugleich das Kernthema politischer Freiheit. Freiheit fordernde Bürger kämpfen nicht für *purely personal liberty, but what they are doing is to bring into being a greater liberty to share in other associations, so that more of their individual potentialities will be released and their personal experience enriched* (Dewey, 1927: 194). Brown folgt Dewey darin, dass dieser Ansatz, von den Wirkungen auszugehen, ein Mandat der öffentlichen Kontrolle insbesondere für die Auswirkungen wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen erfordert.

An dieser Stelle schließt in Browns Interpretation auch Bruno Latours Beitrag zu einer Theorie politischer Repräsentation an (Kapitel 7), nämlich der Hinweis auf die Symmetrie der Repräsentationsprobleme von Politik und Wissenschaft. Wie bei Hobbes und Dewey die politischen Repräsentanten ihr Publikum allererst erzeugen und zugleich von ihm erzeugt werden, so konstituieren wissenschaftliche Repräsentationen das mit, was sie repräsentieren (vgl. 170). Latour radikalisiert diese Position: »*Even the shape of humans, our very body, is composed to a great extent of sociotechnical negotiations and artifacts. To conceive of humanity and technology as polar opposites is, in effect, to wish away humanity: we are sociotechnical animals, and each human interaction is sociotechnical*« (Latour, 2000, zit. nach Brown, 171.) Eine »von der Politik der Aufhebung der Politik befreite Wissenschaft« (Latour, 2000: 316) wäre in der Lage, Prozesse der Gewinnung und Anerkennung neuer wissenschaftlicher Einsichten selbst als einen im Dewey'schen Sinn politischen Vorgang zu begreifen und die Entwicklung einer demokratischen Kontrolle von deren Folgen als ähnlichen Prozess wie wissenschaftliche Erkenntnisbildung. Bei einer solchen Wissenschaft geht es dann nicht mehr nur um die in Forschungsprozessen erzeugten Repräsentationen und deren praktische Folgen, sondern um die Wissenschaftler selbst als Repräsentanten einer sozio-technischen Gesellschaft und um deren gesellschaftliche Verantwortung wie Steuerung.

Die Frage bleibt, und hier stützt sich die Argumentation wieder auf Dewey, wie eine Kontrolle der politischen bzw. der wissenschaftlichen Repräsentanten ausgeübt werden kann und ob dies nicht wieder dasselbe Dilemma produziert, dass die Kontrolle selbst nur von einer kompetenten politischen Elite ausgeübt werden kann. Als Grundlage von Technologie und Industrie, welche die Lebensverhältnisse ebenso radikal wie ohne demokratische Kontrolle verändert haben, bedarf Wissenschaft zunächst ihrerseits einer solchen Kontrolle. Die kann nur wirksam werden, wenn einerseits Wissenschaftler nicht in ihrer Zugehörigkeit zu ihrer Sondergruppe eingeschlossen bleiben, sondern selbst als Bürger mit vielfältigen Zugehörigkeiten eigene Anliegen mit den Anliegen anderer Gruppen vermitteln; und wenn andererseits die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Entwicklungen auch dem nicht-wissenschaftlichen Publikum auf eine Weise vermittelbar werden, die Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

¹⁰ Positiv gewendet bestimmt Dewey Demokratie dementsprechend vor allem als Problem der Organisation von Öffentlichkeiten, welche in der Lage sind, dieser extremen Komplexität der »indirekten Konsequenzen« und ihrer Repräsentationen Herr zu werden (vgl. 147). Dies ist der einzige Weg *Great Society* in eine *Great Community* transformieren (Dewey, 1927, Kap. 5) deren Merkmale nach Dewey nur als emergenter Prozess beschreibbar sind. Das heutige Schlagwort »global denken-lokal handeln« markiert gut die Richtung in der Dewey dabei denkt Demokratie muss deshalb in direkter und lokaler Teilhabe verankert sein, als »*responsibly share according to capacity in forming and directing the activities to which one belongs*« Dewey, 1927: 147) wie auch als »*liberation of the potentialities of members of a group in harmony with the interests and goods which are in common*« (ebd.: 147). Sie muss aber, wo sie sich jenen komplexen *indirect consequences* zuwendet, also im definierten Sinne politisch wird, weit darüber hinaus gehen: Nämlich sowohl vielfältige auch übertokale Gruppenzugehörigkeiten miteinander vermitteln (vgl. ebd.), als auch über die geeigneten Kommunikationswege verfügen, welche die Bedeutung jener *indirect consequences* vermittelt, so that *genuine shared interest in the consequences of interdependent activities may inform desire and effort and thereby direct action* (Dewey, 1927: 155).

Dewey views science as one social institution among many, both subordinate and provisionally autonomous from the state. For Dewey, organizing science democratically means maximizing its modes of exchange with other social institutions, subject to regulation by the state, while ensuring that it continues to pursue its distinctive purposes. (148) Zugleich aber ist für Dewey eine wissenschaftliche bzw. wissenschaftsgestützte Arbeitsweise unentbehrlich um das jeweils relevante Publikum zu erreichen, zu aktivieren und seine wirksame Beteiligung zu ermöglichen. Ohne sie wäre es unmöglich unter den extrem komplexen Bedingungen der »Great Society« eine Öffentlichkeit mit genügender Reichweite organisierbar zu machen, welche zu einer demokratischen Kontrolle der Konsequenzen jener Gesellschaftsformation für die einzelnen tatsächlich fähig ist.

Allerdings ist dabei von einer Rückständigkeit (*backwardness*) der Sozialforschung im Vergleich zur naturwissenschaftlichen Forschung und den aus ihr gewachsenen Technologien auszugehen. *Man has suffered the impact of an enormously enlarged control of physical energies without any corresponding ability to control himself and his own affairs* (Dewey, 1927: 175). Dies zu ändern ist Öffentlichkeit auf *spirit and method* wissenschaftlicher Forschung angewiesen (vgl. ebd.:166). Mit *spirit* meint Dewey vor allem die Freiheit des Diskurses über soziale Fragen: *freedom of social inquiry and of distribution of its conclusions* (ebd. 166): *There can be no public without full publicity in respect to all consequences which concern it. Whatever obstructs and restricts publicity, limits and distorts public opinion and checks on social affairs.* (ebd.: 167) Dewey ist wie Latour der Überzeugung, dass Wissenschaft eigentlich erst in ihrer Anwendung und Umsetzung in öffentliches Wissen zur befreiten Wissenschaft wird: *A thing is fully known only when it is published, shared, socially accessible* (ebd.: 176). Dies gilt insbesondere für Tatbestände, die für die Kontrolle der indirekten (also politischen) Folgen sozialen Lebens wichtig sind. *A fact of community life which is not spread abroad so as to be a common possession is a contradiction in terms* (ebd.: 177).

Aber auch methodisch kann sich nach Dewey Sozialwissenschaft nur im Austausch mit dem öffentlichen Diskurs entwickeln: *Without freedom of expression not even methods of social inquiry can be developed. For tools can be evolved and perfected only in operation* (ebd.: 167). Dies gilt insbesondere für eine Sozialwissenschaft, die dem Anspruch genügen soll, einer demokratischen Rationalität der Steuerung politischer Angelegenheiten Bahn zu brechen. *Even if social sciences as a specialized apparatus of inquiry were more advanced than they are, they would be comparatively impotent in the office of directing opinion on matters of concern as long as they are remote from application in the daily and unremitting assembly of »news«.* *On the other hand, the tolls of social inquiry will be clumsy as long as they are forged in places and under conditions remote from contemporary events* (ebd.: 180 f.). *Inquiry* versteht Dewey als Praxis von sozial- und politikwissenschaftlichen Experten, die er aber kaum abgrenzt von der nachforschender Reporter. Denn *Expertenschaft is not shown in framing and executing policies, but in discovering and making known the facts upon which the former depend.* (Dewey, 1927: 208, zit. bei Brown: 150).

Umgekehrt ist für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit auch notwendig, diese selbst an Geist und Methode des *social inquiry* heranzuführen. Demokratie wird insofern notwendig zur Bildungsfrage. Diese wird aber nicht beantwortet durch Bildungsprogramme, in denen *pupils learn »science« (or »politics« (B.M.)) instead of learning the scientific way of treating the familiar material of ordinary experience.* (Dewey, *The Quest for Certainty*, zit. in Brown, 227). Hier sieht Dewey allerdings auch eine Bringschuld von Wissenschaft, ihre Forschungen in einer Sprache und Art der Präsentation zu veröffentlichen, die von Nicht-Fachleuten verstanden werden kann: *Presentation is fundamentally important and presentation is a question of art.* (Dewey, 1927: 183). Voraussetzung dafür, dass Sozialwissenschaft öffentlich und damit demokratisch wirksam werden kann, ist ihr Bündnis mit künstlerischen Präsentationsformen. Nur dann bekomme sie *direct popular appeal. The freeing of the artist in literary presentation, in other words, is as much a*

precondition of the desirable creation of an adequate opinion on public matters as is the freeing of social inquiry (ebd.). Nur dann werden *deeper levels of life* berührt und *desire and thought* im Publikum mobilisiert (vgl. ebd.: 184). Nur mit künstlerischer Gestaltung ist aus seiner Sicht Aufklärung fähig, *to break through the crust of conventionalized and routine consciousness* (ebd.: 183) – und auch nur dann wenn sie die öffentliche Kommunikationsmaschine der *Great Society* für sich erobern kann. Nicht ohne Pathos beschreibt Dewey die Bedingungen, unter denen die *Great Society* eine organisierte, artikulierte Öffentlichkeit bekommen und damit Demokratie zu sich selbst kommen kann (*come into its own*) (ebd. 184): *The highest and most difficult kind of inquiry and a subtle, delicate, vivid and responsive art of communication must take possession of the physical machinery of transmission and circulation and breathe life into it (ebd.).* Die Möglichkeit allerdings, dass diese *machinery of transmission* und die darin entfaltete Präsentationskunst (in PR und Werbung) auch ganz anderen Zwecken dienen kann, Aufklärung sich dagegen behaupten muss und damit zu ringen hat, dass ihre Argumente meist komplizierter sind als die demagogischen hat er an dieser Stelle kaum im Blick.

Zurück zu Browns Rezeption von Latour. Dessen Konzept einer Symmetrie von politischer und wissenschaftlicher Repräsentation ist, wie gezeigt, schon bei Dewey angelegt; insbesondere im Gedanken, dass diese Symmetrie in den Prozessen der Klärung des noch Ungewissen und der Bearbeitung indirekter Folgen, also aus der Perspektive des Akteurs bzw. des Forschers zu suchen sei, nicht aber in einem Vergleich von Wissenschaft und Politik als Institutionen¹¹. Dabei sucht Dewey die Entsprechung eher im Verhältnis zwischen politischen und sozialwissenschaftlichen Repräsentanten (*social inquiry*) – unterstellt letztgenannten möglicherweise zu optimistisch eine eingebaute Tendenz zur öffentlichen Aufklärung – während Latour mehr die Symmetrie der Erzeugung politischer und naturwissenschaftlicher Repräsentationen untersucht. Brown hebt vor allem zwei Aspekte des Latour'schen Begriffs von Repräsentation hervor, die über Dewey hinausgehen und schon angesprochen wurden. Der eine ist Latours eingangs erwähntes Konzept von Repräsentation als zirkulierender Referenz zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren, die sich in Ketten von Übersetzungsschritten vollzieht, nicht aber als Sprung vom Objekt zum Subjekt (vgl. 174 ff.). Der zweite Aspekt ist, dass Repräsentation ein Prozess der Mediation sei (vgl. 176 ff.), der sowohl das Repräsentierte als auch die Repräsentanten verändere. Browns politologisches Interesse an solchen Elementen einer Akteur-Netzwerk-Theorie im Sinne Latours beruht vor allem darauf, dass sie die Möglichkeit bieten, die klassische Antinomie demokratischer Repräsentation aufzulösen: Entweder sich an der Norm zu orientieren, dass demokratische Repräsentanten den Wählerwillen zu spiegeln haben und abzustrafen sind, wenn sie davon abweichen, oder aber nach bestem Wissen und Gewissen das Beste für das Gemeinwohl (auch das der nicht Wählenden, zukünftiger Generationen, der Umwelt etc.) zu verfolgen, im Zweifel auch gegen den Willen derer, die sie gewählt haben. Auflösen dieser Antinomie heißt, Vermittlungsschritte zu zeigen, die zwischen Assoziationsformen von Öffentlichkeit (*public* im Sinne Deweys) und politische wie wissenschaftlichen Repräsentanten Übersetzungen erzeugen, die beide Seiten verändern.

¹¹ Brown hält in dieser Hinsicht auch wichtige Asymmetrien zwischen Wissenschaft und Politik fest: (vgl. 193 ff.): Politik verfügt nicht im gleichen Sinn wie Wissenschaft über Labore, die relativ gefahrlose Experimente ermöglichen und nicht über die Zeiträume wissenschaftlicher Forschung, sitzt aber im Vergleich zu Wissenschaft näher an den Quellen staatlicher Macht.

Wissenschaft und politische Kontrolle: Elemente demokratischer Repräsentation

Brown versucht in seinen abschließenden Kapiteln (8 – 10) die Frage zu beantworten, wie in einer Gesellschaft, deren Politik wesentlich von der Kontrolle über Wissenschaft und Technologie abhängt, Elemente demokratischer Repräsentation eingeführt und verstärkt werden können. Dabei stößt er auf ein Problem, das bei Dewey wie bei Latour nur einseitig beleuchtet wird: das Problem der Macht in den *politics of science*. Beide betonen zwar, dass die Schwächen demokratischer Kontrollen in hoch technisierten Wissensgesellschaften aus ungleichen Machtverhältnissen resultieren; aber die Frage, wie in Bezug auf Wissenschaft und Technologie demokratische Gegenmacht entstehen kann, beantworten sie nur mit der Beschreibung von Aufklärungsprozessen, ohne die Bedingungen zu nennen unter denen sie politische Macht gewinnen können. Brown begrenzt in seiner Antwort auf diese Frage zunächst einmal den Bereich in dem Demokratisierung von Wissenschaft überhaupt relevant ist: Dort, wo es Konflikte über wissenschaftlich-technische Entwicklungen gibt und wo einseitig Macht zur Durchsetzung von Sichtweisen im Spiel ist (vgl. 189 ff.): *it is prudent to seek the democratization of science in only those locations where justice requires it* (191). Aber Aufklärung darüber reicht nicht aus: *Politicizing science by revealing suppressed relations of conflict and power, for example, does not yet establish a political framework for responding to such power-laden conflicts* (197). Die Antwort müsse vielmehr auch in der Institutionalisierung neuer Formen demokratischer Repräsentation bestehen, die sich zwischen das politische Repräsentationssystem und die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit schieben. Brown erläutert das in seinem Schlusskapitel (10), allerdings ohne über bekannte Beispiele der Verknüpfung von wissenschaftlichen, öffentlichen und im politischen System geführten Diskursen hinaus zu gehen (von Gremien der Politikberatung bis zu lokalen Foren und runden Tischen). Festzuhalten ist, dass für Brown es dabei nie um kommunitaristische oder zivilgesellschaftliche Basisnähe als Selbstzweck geht, sondern um themenspezifisch organisierte Netze der demokratischen Legitimierung und inhaltlichen Verbesserung politischer Entscheidungen in unaufhebbar repräsentativen Systemen.

Im 9. Kapitel schlägt Brown eine Typologie der Assoziations- und Vermittlungsweisen vor, die vor allem darauf zielt, *the role of lay citizens in the politics of science* ((231) klären zu helfen und zu zeigen, wie Bürgerinteressen in politische und wissenschaftliche Repräsentations-Systeme eingespeist werden können; und wie diese umgekehrt für Bürger transparent werden. *Because no single association can achieve every effect to an equal degree, citizens should have access to a range of different types of associations, and hence to a range of different modes of representation* (203). Fünf solche Modi der legitimen Representation zählt er auf: Authorization, Accountability, Participation, Deliberation, Resemblance (206. *Hervorhebung im Orig.*). Ich fasse Browns Interpretation dieser Modi kurz zusammen um dann auf die Frage zurückkommen, was sich daraus für die Klärung der politischen Dimension Sozialer Arbeit ableiten lässt.

1. *Authorization* (206 ff.). Brown unterscheidet formale oder besser prozedurale Autorisierung (durch Wahlen oder Verleihung eines Amtes) von substantieller Autorisierung (*to be in authority or an authority* (vgl. 206 f.), was nach herkömmlichem Verständnis der Unterscheidung von politischer Autorisierung und Autorisierung durch Sachverstand und Argumente des (wissenschaftlichen) Experten entspricht. Die Frage ist, wie beides zirkulär miteinander verknüpft werden kann, ohne dass wissenschaftliche Ergebnisse zur Zementierung politischer Standpunkte (nach dem Motto »es gibt keine Alternativen«) missbraucht werden. Brown bezieht sich dabei auf das Habermas'sche Spannungsverhältnis von Faktizität und Geltung (1997), das es nach beiden Seiten hin zu wahren gilt: Die durch prozedurale Autorisierung, z.B. Wahl, demokratisch legitimierte Repräsentation von Bürgerinteressen (durch Gesetze,

Gremien, Verwaltungen, Ämter) muss sich der Kritik durch begründete Geltungsansprüche ebenso stellen, wie umgekehrt allgemeine Geltungsansprüche nur im lokalen Kontext und in kontextgebundener Akzeptanz alltagsgestaltende Kraft bekommen können. (vgl. 209). Nur so kann sich, wie Habermas sagt »die Idee mit der Wirklichkeit ins Benehmen setzen« (Habermas, 1997: 242), bzw. die Kraft des genaueren Wissens und des besseren Arguments mit der Rechtssicherheit einer prozedural legitimierten demokratischen Repräsentation. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als Institutionen ist natürlich komplizierter (vgl. Brown 213 f.).

2. *Accountability* (215 ff.). Rechenschaftspflicht steht im politischen wie im wissenschaftlichen Raum in einem ähnlichen Spannungsverhältnis. Auch sie verweist zunächst auf ein formales Verhältnis der Repräsentation. Politiker sind ihren Wählern, Verwaltungen den Gemeinderäten, Professionelle ihren Klienten und als Wissenschaftler ihrer *scientific community*, aber auch dem Steuerzahler Rechenschaft schuldig. Formale Rechenschaftspflicht kann aber nur so effektiv sein, wie Bürger oder ihre politischen Repräsentanten sie beanspruchen. Rechenschaft gegenüber *moral constituents*, z.B. unmündigen Kindern oder zukünftigen Generationen, lässt sich nur argumentativ, nicht formalrechtlich einfordern.
3. *Participation* (219 ff.). Brown kommt hier noch einmal auf die oben genannte Antinomie zurück, dass entweder direkte Demokratie in Populismus führe, der mit vernünftiger Gestaltung politischer Verhältnisse nicht vereinbar sei, oder dass repräsentative Demokratie nur schlechter Ersatz für wirkliche Demokratie sein könne. Bezogen auf Wissenschaft und Technik (aber auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaft) stellt sich ein ähnliches Problem mit der Frage, woran man unterscheiden kann, ob öffentliche Foren und Gremien oder NGO's, die sich in deren Praktiken und die Kontrolle ihrer Auswirkungen einmischen, Formen demokratischer Öffentlichkeit oder Lobbyismus partikularer Interessengruppen sind. Als ein Kriterium nennt Brown, dass Partizipation die Stimmen von Betroffenen (aber in politischen oder wissenschaftlichen Entscheidungen nicht Berücksichtigten) hörbar und ihre Interessen sichtbar macht. Als weiteres Kriterium nennt er die Dynamik der Partizipation; auch Partizipationsformen, die zunächst eher als legitimierendes Alibi angelegt sind, können eine Dynamik öffentlicher Aufmerksamkeit und damit Legitimationsdruck erzeugen, die Wirkungen haben. Ein drittes Kriterium ist nach Brown die Vielfalt der Formen von Partizipation, auch solcher, die sich nicht auf rationales Argumentieren beschränken sondern alle Sinne einbeziehen. Das Bunte der Formen geplanter und spontaner, emotionaler, provozierender, künstlerische Kampagnen organisierender etc. Einmischung ist als Bereicherung und nicht als illegitim zu betrachten. Viertens hält Brown dennoch fest, dass Partizipation kein guter Selbstzweck an sich ist, sondern nur Instrument der kritischen Kontrolle von Repräsentanten, ohne deren Eigenverantwortung aushebeln zu dürfen. Damit bleibt sie auf eine kreative Spannung zur Verantwortung repräsentativ legitimierter Institutionen verwiesen; sie sollte diese weder diskreditieren, noch kann sie sie ersetzen.
4. *Deliberation* (224 ff.). Wenn Partizipation nicht auf den Austausch vernünftiger Argumente beschränkt bleiben kann und andererseits das vernünftige Argumentieren für bessere Lösungen nicht nur Sache der dazu berufenen Spezialisten der Politik und der Wissenschaft sein kann, dann muss die Frage beantwortet werden *how lay and expert deliberation might shape each other* (226). Es geht Brown dabei einerseits um die Auflösung der Bindung rationaler Lösungsformen an Elitemodelle politischer oder wissenschaftlicher Repräsentation, andererseits darum, populistische Verflachung zu vermeiden. Kriterium der gelingenden Vermittlung zwischen dem Wissen der Öffentlichkeit und dem der Spezialisten bzw. Repräsentanten ist dabei weniger das Faktenwissen der erstgenannten. Es ist vielmehr, wie Brown mit Dewey formuliert, die gegenseitige Stimulierung zu einem *experimental mode of thinking*, und zu *intelligence*, definiert als *way of knowing in a world without certainty* (227).

5. *Resemblance* (227 ff.). Vertreter repräsentieren nicht nur rationale Interessen der von ihnen Vertretenen, sondern verkörpern auch deren besondere Zugehörigkeiten. Programme der besonderen Berücksichtigung von Merkmalen wie Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit (*affirmative action*) beim Besetzen repräsentativer Stellungen gehen von der Norm einer gewünschten Ähnlichkeit zwischen Repräsentierten und Repräsentanten aus. Es ist interessant, dass solche Strategien hier nicht als Mittel sozialen Ausgleichs, sondern als Mittel demokratischer Repräsentation diskutiert werden. Unklar – auch bei Brown – bleibt allerdings, welche demographischen Merkmale dafür relevant werden. Sollen z.B. neben den genannten auch Klassenzugehörigkeit oder sexuelle Präferenz dazugehören, die Brown mit aufzählt, oder die Religion? Oder sind das nicht eher Zugehörigkeiten, die zwar als Gründe der Benachteiligung ausgeschlossen werden müssen, die aber kein Grund für eine besondere Berücksichtigung in politischen oder wissenschaftlichen Gremien sein können? Brown nennt zwei Aspekte, welche *resemblance* als ein Kriterium demokratisch legitimer Repräsentation einerseits begründen, andererseits begrenzen. Der eine ist, dass die Legitimität politischer Repräsentanten nicht nur an der objektiven Wahrung von Interessen der Repräsentierten hängt, sondern auch an deren Gefühl, verstanden und zugehörig zu sein (wobei beides möglichst in einer *reflective adhesion* (228 zit. nach Nadia Urbinati) verbunden sein sollte). Der andere Aspekt (vgl. ebd. S. 229) ist, dass Menschen immer vielfältige Zugehörigkeiten haben (z.B. sowohl MigrantIn, als auch Frau, als auch Akademikerin sind), sodass immer die Frage ist, welche Zugehörigkeit in welchem Fall zu berücksichtigen sei, was auf persönlicher Ebene nur persönlich und auf politischer Ebene nur politisch entschieden werden kann. Als Kriterium für politische Berücksichtigung schlägt Brown vor, die Differenz unterschiedlicher sozialen Perspektiven in Repräsentationssystemen zu berücksichtigen (vgl. 229), wodurch die Perspektiven der jeweiligen Entscheidungsträger erweitert werden können. Plausibel ist das insbesondere dann, wenn es um die Perspektiven der von politischen oder wissenschaftlichen Entscheidungen besonders Betroffenen geht (z.B. um Arbeitslose, Patienten, von Behinderung betroffene etc.). Dies ist allerdings eine andere Begründung als das Argument direkter Demokratie, das Ähnlichkeit von Repräsentanten und Repräsentierten fordert. Es gehört eher zur Dimension Partizipation. Nicht zufällig wechselt Brown hier zu Beispielen, die Betroffenenbeteiligung in beratenden Gremien beschreiben. Quotenregelungen in politischen oder wissenschaftlichen Organen selbst, die allen von jeweiligen Entscheidungen Betroffenen Vertretungsrechte einräumen, könnten das Repräsentationssystem selbst aushebeln. Brown unterscheidet deshalb zwischen der Repräsentation spezifischer Interessen(gruppen) und der Berücksichtigung differenter sozialer Perspektiven: *Unlike an opinion or an interest, a social perspective does not have a determinative substantive content. It consists rather in a set of shared experiences (e.g. racial discrimination, pregnancy, homelessness) which may prove a basis for shared questions and concerns, without necessarily generating shared interests or preferences* (229).

Impulse für eine Klärung des Politischen in der Sozialen Arbeit.

Dem Anschein nach befindet sich die Sozialpädagogik bei der Argumentation von Brown und seinem wichtigsten Bezugsautor Dewey auf vertrautem Gelände. Ist nicht Deweys Ansatz beim lokalen alltäglichen Leben und seinen Wechselwirkungen mit dem, was über das lokal Steuerbare hinausgeht eng mit dem Ansatz einer lebenswelt-orientierten Sozialen Arbeit und ihrer Methodik einer moralisch inspirierten Kasuistik verwandt? Sind nicht die von Brown dargestellten Modi der Vermittlung zwischen politischen Repräsentationssystemen und Bürgerbeteiligung (Fragen der Autorisierung von Mandatsträgern, der Rechenschaft vor und Mitentscheidung von

Betroffenen, der Bürgerbeteiligung, der Einmischung in politische Diskurse, der Teilhabefragen im Blick auf Geschlecht oder benachteiligte Gruppen) längst die zentralen Themen einer sich selbst als »politisch« verstehenden Sozialen Arbeit? Sie sind es zweifellos, und doch scheint mir Browns Buch aus drei Gründen neue Impulse dafür zu bieten.

Zum einen redet er zwar gar nicht von Sozialer Arbeit, wohl aber von Phänomenen, die mit der »entgrenzten sozialen Frage« (s.o.) auf vielerlei Weise verflochten sind. Dies gilt insbesondere für die Bedingungen des Verlustes an eigener Steuerungsfähigkeit alltäglichen Lebens und deren Kompensation oder auch Enteignung durch i. w. S. politische Repräsentationssysteme, die ihrerseits von vielfältigen Domänen sozial- wie naturwissenschaftlichen Expertenwissens durchdrungen sind. Sie wiederum mit demokratischer Rationalität und Kontrolle zu durchdringen ist ebenso sehr Schlüssel für die »Soziale Frage«, wie Bedingung der Verwirklichung lebendiger Demokratie.

Was aber Sozialpädagogik als Disziplin und Profession zu all diesen politischen wie wissenschaftlichen Expertendomänen und ihrer Kontrollierbarkeit beizutragen hat, ist in doppeltem Sinne prekär. Zum einen im Blick auf ihr eigenes Verhältnis zu den jeweils als zuständig geltenden Wissenschaften (der Ökonomie, Medizin etc.). Da sie diese Wissenschaften bzw. Expertenkulturen nicht als Hilfswissenschaften vereinnahmen kann, muss sie, um im Sinne ihrer politischen Ziele wirken zu können, als Stimme des »gut informierten Bürgers« sprechen können; d.h. sie muss befähigt sein »zu entscheiden, wer ein kompetenter Experte ist, und der sich sogar entscheiden kann, nachdem er die Meinung des opponierenden Experten gehört hat« (A. Schütz, 1971: 88). Und sie muss in der Öffentlichkeit als dieser gut informierte Bürger Gehör finden. Wenn Soziale Arbeit sich nicht damit begnügt, Benachteiligten-Pädagogik und Exklusionsverwaltung zu betreiben unterliegt sie einem Gebot zur Einmischung (z.B. in der Jugendhilfe nach SGB VIII, §1, 3 Ziff. 4) in Lebensbedingungen, welche Benachteiligung und Exklusion verursachen können. Der damit erhobene praktische Vertretungsanspruch für soziale Gerechtigkeit ist aber ebenfalls prekär.

Deshalb ist die zweite, schwer zu beantwortende Frage, wie sie ihre – als verfügbar unterstellte – Expertenschaft für soziale Gerechtigkeit im politischen Raum zur Geltung bringen und nötigenfalls Allianzen dafür gewinnen kann. Beide Fragen kann Sozialpädagogik nicht beantworten, ohne sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Art der Repräsentation sie glaubhaft im öffentlich-politischen Raum nicht nur für ihre eigenen Anliegen, sondern als Sprecherin für ihre Adressaten beanspruchen kann: Wenn sie eine Anwaltsrolle beansprucht, wer gibt ihr das Mandat dafür? Sollte sie sich als »Menschenrechtsprofession« profilieren, wie manche es verlangen? Oder als Lobby »derer die keine Lobby haben«? Oder als Mitkämpferin Sozialer Bewegungen für eine bessere Gesellschaft? Wie immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen: Sie stellen immer vor das Problem, wer eigentlich die Akteure für diese »politischen« Rollen und Aufgaben sein sollen. Klar ist nur, dass Soziale Arbeit als Berufsgruppe sie nicht alleine erfüllen kann, sondern bestenfalls daran mitwirken, und auch dies nur, wenn sie mehr als ein im Hobbes'schen bzw. Dewey'sche Sinn »fiktives« Mandat dafür hat, nämlich ein in realer Partizipation ihrer Adressaten zustande gekommenes. Die herrschenden Diskurse über das politische Mandat Sozialer tragen aber kaum zur Klärung der Bedingungen erfolgreichen *Mitwirkens* bei und bleiben deshalb Forderungen ohne Umsetzungsstrategie.

Der dritte Gesichtspunkt ist: In Browns und Deweys Perspektive kann Soziale Arbeit keineswegs von Haus aus als eine Organisationsform politischer Öffentlichkeit betrachtet werden, die sich als Gegenpart zu den politischen und wissenschaftlichen Repräsentationssystemen anbietet. Zwar möchte sie diese Rolle mit Verweis auf ihre geistigen Wurzeln in sozialen Bewegungen gerne in Anspruch nehmen und hat sie in ihrer Geschichte punktuell auch gespielt, z.B. in einigen Bereichen der Frauenbewegung oder in den Anfängen der Gemeinwesenarbeit. Das ändert aber nichts daran, dass Soziale Arbeit zum Teil des Sozialstaates geworden ist. Insofern ist sie selbst

ein im Dewey'schen Sinn politisches Repräsentationssystem, das stellvertretend Aufgaben und Folgen bearbeitet, die in unmittelbarer Eigenregie der davon betroffenen Bürger nicht bewältigt werden können. Gerade damit aber kann sie zu dem von Dewey beschriebenen »Verschwinden der Öffentlichkeit« (*eclipse of the public*) beitragen, statt Öffentlichkeit, wie es ihr »politisches Mandat« verlangt, unter den Bedingungen moderner bzw. postmoderner Gesellschaft neu zu ermöglichen. Auch das ist für den sozialpädagogischen Theoriediskurs nichts neues, sondern wurde in den Debatten über das »doppelte Mandat«, über »System und Lebenswelt« und neuerdings über »Gouvernementalität« vielfältig verhandelt. Dennoch scheinen mir die pragmatischen Kriterien und Modi demokratischer Repräsentation, die Brown entwickelt, Impulse zu geben, welche jene selbstkritischen aber leider oft folgenlosen Debatten in Richtung auf Klärung eines angemessen bescheidenen und dadurch glaubwürdigen politischen Mandats Sozialer Arbeit voranbringen können. Ich gehe in diesem Sinn die im vorigen Abschnitt aufgezählten Punkte noch einmal durch.

Autorization: Wer autorisiert Soziale Arbeit zu ihrem politischen Mandat? Sie kann nicht qua öffentliches Amt dafür autorisiert sein, es sei denn durch Angehörige, die in politische Ämter berufen sind (*procedural authority*). Als Profession und als Wissenschaft kann sie nur durch *substantial authority* Einfluss bekommen: Entweder durch die Überzeugungskraft des Wissens und Könnens ihrer professionellen Vertreter, oder als wissenschaftliche Autorität durch die Überzeugungskraft ihrer Beiträge bei politischen Entscheidungsträgern und in der öffentlichen Bewusstseinsbildung. Entscheidend ist, dass damit das politische Mandat Sozialer Arbeit an die fachliche Substanz seiner Begründungen gekoppelt und ohne sie nicht zu haben ist. Auch die berufsständischen Organisationen und die Organisationen der freien Träger haben zwar das Recht, als Assoziationen und Teil der Öffentlichkeit ihre Interessen zu vertreten und kraft ihrer Argumente zu wirken, aber kein politisches Mandat das darüber hinausgeht. Unparteiische Vertreter des Gemeinwohls sind sie nicht, sowenig wie z.B. der ADAC oder der Deutsche Mittelstand, die denselben Anspruch erheben.

Accountability: Rechenschaftspflichtig ist Soziale Arbeit bezüglich ihres politischen Mandates zunächst als Teil des sozialstaatlichen Systems gegenüber dem Gesetzgeber. Sie hat zwar das Recht und auch die Pflicht, die politischen Elemente ihres gesetzlichen Auftrages (z.B. das »Einmischungsgebote« in § 1 SGB VII) offensiv auszulegen und im Interesse ihrer Klienten einzufordern. Sie kann sich aber der Rechenschaftspflicht gegenüber ihrem gesetzlichen Auftrag nicht entziehen ohne an politischem Gewicht faktisch zu verlieren. Als sozialpädagogische Wissenschaft ist sie vor den Standards wissenschaftlicher Forschung und damit auch vor ihren Bezugswissenschaften rechenschaftspflichtig. Dies bedeutet für ihr politisches Mandat: daraus abgeleitete Forderungen müssen genau so fundiert und im Austausch mit relevantem Bezugswissen begründbar sein, wie fachliche Äußerungen in Bereichen, in denen ihre Zuständigkeit unbestritten ist. Politisches Mandat kann nicht der Bereich sein, in welchem sich Soziale Arbeit laienhaftes Argumentieren und Wunschdenken erlaubt.

Participation. Teilhabe und die Befähigung dazu (*Capability*) sind zentrale Stichworte, wo es um das politische Mandat Sozialer Arbeit geht; vor allem auch, weil es Stichworte sind (ähnlich wie *empowerment*), die Arbeit an der Verbesserung alltäglicher Lebensbedingungen mit der Ebene der politischen Bedingungen verbinden. Partizipation heißt hier: Teilhabe *geben*. Browns Überlegungen machen aber darauf aufmerksam, dass Partizipation nicht nur mit der individuellen Teilhabefähigkeiten der Einzelnen und nicht nur mit deren politischen Bedingungen zu tun hat, sondern vor allem mit dem intermediären Bereich, der beide verbindet, nämlich den Assoziationen ziviler Öffentlichkeit: Mit Vereinen, Initiativen, NGO's, Bildungseinrichtungen, Kirchen, spontanen Protesten, lokalen Festen etc., kurz, mit allen potentiellen Partnern, ohne die ein politisches Mandat sozialer Arbeit kraftlos bleibt, die aber Soziale Arbeit nicht vor

ihren Karren spannen kann. Partizipation im Blick auf das politische Mandat Sozialer Arbeit heißt hier in erster Linie nicht, Teilhabe geben, sondern, wie *teilnehmen*? Erst auf der Basis gelingender und glaubwürdiger Teilnahme kann Soziale Arbeit überhaupt konkrete Ziele für ihr politisches Mandat verfolgen. Teilnahme wird ihr aber umso eher gelingen, als sie nicht als sozial geschlossene Gruppe agiert, sondern mit vielfältigen anderen Zugehörigkeiten (z.B. zu ethnischen Minderheiten, mit Handicap Lebenden, Arbeitslosen, aber auch zu Verwaltungen oder anderen Professionen) verbunden ist.

Deliberation. Es geht bei diesem Punkt nicht um die beim Stichwort Autorisierung angesprochene Frage, wie das politische Mandat argumentativ begründet werden kann, sondern, wie schon gesagt, spezieller um die Frage *how lay and expert deliberation might shape each other* (226). Modifiziert auf die möglichen Koalitionspartner für wirksame politische Strategien Sozialer Arbeit bezogen heißt das: Wie können ihre professionelle Kräfte fruchtbar mit Partnern über (lokal)politische Fragen argumentieren, ohne ihr Fachwissen oder ihre Ziele den andern überzustülpen, aber auch ohne sich deren Zielen beliebig dienstbar zu machen, sondern so, dass beide Seiten voneinander lernen? Ohne die Fähigkeit zu solchen grenzüberschreitenden Dialogen bleibt das politische Mandat kraftlos. Hier ist aber auch an die von John Dewey betonte Bedeutung der Präsentationsqualität (s. oben) zu denken. Ohne eine sozialwissenschaftlich fundierte und zugleich sprachmächtige, *desire and thought* (s.o) mobilisierende Fähigkeit, sozialpolitische Problem zu beschreiben und »auf den Punkt« zu bringen, kann Soziale Arbeit ihr politisches Mandat nicht erfüllen.

Resemblance. Es ist für Soziale Arbeit nichts Neues, die Zugehörigkeit zu Lebenslagen, bei deren Bewältigung sie assistieren soll, als Kriterium für ihre eigene Qualität zu betrachten. Dass Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, einem ethnischen Hintergrund, einer Altersgruppe oder Religion, oder betroffen sein von einer Behinderung auch inhaltlich Bedeutung für die Chancen und Art der Wirksamkeit Sozialer Arbeit haben, ist bekannt. Klar ist auch, dass es grundsätzlich zum politischen Mandat sozialer Arbeit gehört, sich für die Berücksichtigung solcher Zugehörigkeiten, z.B. bei der Besetzung öffentlicher Stellen, gerade auch in den eigenen Reihen, einzusetzen. Weniger klar ist, wie die inhaltliche Bedeutung solcher Zugehörigkeiten als politisches Mandat auszulegen ist. Heißt dies Mandat, den RepräsentantInnen solcher Zugehörigkeiten (z.B. ethnischer Minderheiten, von Benachteiligung betroffener Frauen, »Psychiatrieerfahrener«, von Selbsthilfegruppen, sexueller Minderheiten etc.) soviel Definitionsmacht als möglich über die Prioritäten Sozialer Arbeit einzuräumen? So wird es häufig verstanden. Oder ist dies ein Kurzschluss, der über den Gemeinsamkeiten die Unterschiede von wissenschaftlicher bzw. professioneller und politischer Repräsentation unterschlägt? Und außerdem den Unterschied zwischen der Repräsentation spezifischer Interessen und der Berücksichtigung sozialer Perspektiven unterschlägt und vergisst, dass die Interessen und Forderungen von SprecherInnen z.B. für Mädchen, Migrantengruppen, Behinderte etc. keineswegs identisch sind mit den je konkreten Anliegen von Mädchen, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit spezifischem Handicap, um die sich Soziale Arbeit zu kümmern hat. Die Unterschiede von Zugehörigkeit in ihr Denken und vor allem auch ihr Fühlen aufzunehmen und entsprechende Partnerschaften zu suchen ist für eine politisch denkende Soziale Arbeit unverzichtbar. Aber wenn sie ihren Auftrag als Teil des sozialstaatlichen Systems damit gleichsetzt oder vergisst, macht sie sich als Partner jener Assoziationen eher unnützlich und unglaubwürdig.

Fazit

Browns Werk ist für Sozialwissenschaftler und insbesondere für Sozialpädagogen mehr als einen Seitenblick auf die Nachbardisziplin Politologie wert. Es ist eine Fundgrube, die auch mit einer so ausführlichen Besprechung nicht erschöpfend dargestellt werden kann, insbesondere für das Nachdenken über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie. Es ist sehr anschaulich geschrieben, insofern auch als Lehrbuch sehr zu empfehlen, dem eine baldige Übersetzung zu wünschen ist.

Literatur

- Böhnisch, L./Schröer, W./Thiersch, H., 2005: Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim
- Brown, M.B., 2000: Conceptions of Science in Political Theory: A Tale of Cloaks and Daggers. In: Frank, J.A. und Tamborino, J.: *Vocations of Political Theory*. Minneapolis: Univ. of Minneapolis Press: 189 -211
- Brown, M.B., 2001: The Civic Shaping of Technology: California's ›Electric Vehicle Program«. In: *Science, Technology and Human Values* 26. Jg.: 56 – 81
- Brown, M.B., 2007: Can Technologies Represent their Publics? In: *Technology in Society*, 29. Jg.: 327 - 338
- Brown, M.B., Three Ways to Politicize Bioethics. In: *American Journal of Bioethics*. 9. Jg.: 43 - 54
- Brown, M.B./Lentsch, J./Weingart, P., 2006: Politikberatung und Parlament. Opladen
- Dewey, J., 1927/1954: *The Public and its Problems*. Athens, Ohio: Swallow Press. Auf deutsch 1996: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Hrsg. Von H.P. Krüger. Bodenheim
- Habermas, J., 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Taschenbuchausgabe von 1990). Frankfurt a.M.
- Habermas, J., 1997: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Vierte erweiterte Auflage 1994 (Nachdruck in 5. Auflage) Frankfurt a.M.
- Latour, B., 2000: *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt a.M.
- Latour, B., 2001: *Das Parlament der Dinge: Naturpolitik*. Frankfurt a.M.
- Latour, B., 2007: *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft: Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt a.M.
- Schütz, A., 1972: *Der gut informierte Bürger. Ein Versuch über die soziale Verteilung des Wissens (1946)*. In: Schütz, A.: *Gesammelte Aufsätze 2*. Den Haag: Nijhoff Verlag: 85 ff.
- Shapin, S., 1996: *The Scientific Revolution*. Chicago: University of Chicago Press

Abstract

The article presents an interpretation of Marc Browns groundbreaking book on »Science in Democracy« (MIT Press Cambridge Mass, 2009). Browns approach, close to the Science-Technology-Studies (STS) of Bruno Latour and others, outlines parallels and intersections between scientific representation of reality and political representation of citizens. This is shown on two levels: First, in a historical analysis of concepts about the role of the presumably »independent« scientific expert in political contexts and of the »elitist« consequences of political representation; second, in a systematic analysis concerning the chances and conditions of democratically controlling the alliances of science and politics in modern societies. The impact of science on politics (and vice versa) refers not only to natural sciences (for example in matters of climate change) but also to social sciences and their political stance. The author shows this by relating Browns analysis to the »political« concepts of social work.